

FDP scheitert mit Corona-Sonderzug

Debatte Das Baselbieter Parlament lehnt dringliche Postulate zu Covid-19 ab. Die Wirtschaftspartei blieb mit ihren Anliegen allein.

Thomas Gubler

Bei der Dringlicherklärung ihrer beiden Postulate vor der Mittagspause des Landrats war die FDP noch erfolgreich. Doch bei der Debatte am Donnerstagnachmittag erlitt sie regelrecht Schiffbruch. Auf dringlichem Weg wollten die Freisinnigen mit zwei Postulaten von Christof Hiltmann die Unternehmungen für das laufende Jahr von Gebühren gänzlich oder teilweise

entlasten und zum andern veranlassen, dass diverse Regularien vorübergehend gelockert werden. Die Unterstützung über die Fraktionsgrenze hinaus blieb minim.

Die Regierung – zwar nicht begeistert – widersetzte sich den beiden Vorstössen nicht. Regierung und Verwaltung seien zwar schon leistungsfähig, «aber inzwischen wird es langsam viel», sagte Regierungspräsident und Finanzdirektor Anton Lauber (CVP). Lauber



Landrat

Berichterstattung aus dem Baselbieter Parlament

wies zudem auf einige Probleme im Umgang mit den Gebühren hin. Nämlich dass viele davon auf Gemeindeebene anfallen und auch dass Gebühren in der Regel nach dem Verursacherprinzip erhoben werden, «sodass man sie», so Lauber, «nicht einfach streichen

kann». Man befinde sich auch nicht mehr in Zeiten des Notrechts. Gleichwohl war die Regierung bereit, die Postulate entgegenzunehmen.

Falsche Stossrichtung

In der Debatte stiessen sie jedoch auf wenig Verständnis. Die SP lehnte eine Überweisung ebenso ab wie die SVP. Urs Kaufmann (SP) kritisierte die Postulate als zu wenig konkret. Dieter Epple (SVP) be-

zeichnete sie als «Schnellschuss». Und auch CVP/GLP-Fraktionschef Felix Keller befand, dass der Auftrag im Wesentlichen laute: «Regierungsrat, mach einfach etwas!»

Diese Stossrichtung aber erachtete Hanspeter Weibel als falsch. Der Fokus müsse jetzt auf die Härtefälle gerichtet werden. «Ich sehe keinen Anlass für diese Postulate. Die Regierung braucht keine neuen Anstösse», so Bottminger SVP-Landrat. Und so

sah es auch das Ratsplenum. Es lehnte die Überweisung der beiden Vorstösse mit 52 zu 26 beziehungsweise mit 57 zu 24 Stimmen ab. Adil Koller (SP) hatte zudem ein SP-Postulat in Aussicht gestellt, mit dem die Gebührenprobleme der Gastro- und der Eventbranche wieder zum Thema gemacht werden sollen. Wie schon bei den Mietzinsbeihilfen will die Linke auch hier in der KMU-Politik ihre Rolle spielen.

Wollen Sie den Männern den Mund verbieten, Tonja Zürcher?

Männer im Parlament reden länger Die Basler Basta-Grossrätin fordert im Grossen Rat einen «gendergerechten Redeanteil».

Die Männer im Basler Parlament erhalten zu viel Redezeit. Das zumindest glauben die beiden Grossrätinnen Tonja Zürcher (Basta) und Michela Seggiani (SP). Sie haben deshalb einen Vorstoss eingereicht, um diese «Ungerechtigkeit» zu verringern – ein Vorstoss, der in den sozialen Medien unter Politikern bereits für viel Wirbel sorgt, bevor er überhaupt auf der Website des Grossen Rates publiziert wurde.



Grosser Rat

Berichterstattung aus dem Kongresszentrum

Zürcher und Seggiani haben die Voten im Parlament an drei Grossratssitzungen ausgezählt und dabei festgestellt, dass der «Anteil von Männer-Voten mit 70 Prozent noch höher liegt als die Männerquote im Grossen Rat (67 Prozent)». Eine Redezeitmessung während dreier Stunden habe zudem ergeben, dass «Männer 80 Prozent der Redezeit einnehmen». Das Missverhältnis sei auch in anderen Parlamenten zu beobachten, konstatierten die beiden Initiantinnen mit Verweis auf entsprechende Auswertungen bei National- und Ständerat.

Was also ist zu tun? Dass die gewählten Frauen im Parlament künftig einfach länger reden und sich häufiger zu Wort melden, hält Zürcher nicht für sinnvoll. «Das ist nicht im Sinn eines effizienten Ratsbetriebs», sagt sie zur BaZ. Die Sitzungen würden ohnehin oft schon viel zu lange

dauern. Zuerst sei es wichtig, «Transparenz» zu schaffen. Der Anzug verlangt deshalb, dass das Ratsbüro die Zahl der Wortmeldungen und die durchschnittlichen Redezeiten von Frauen und Männern misst und diese Zahlen ins Verhältnis zum Anteil der im Parlament vertretenen Geschlechter setzt. Zudem soll das Ratsbüro prüfen, ob zu «jeder Grossratssitzung eine Redezeitstatistik erstellt und publiziert» werden könne. Damit nicht genug: Die Initiantinnen fordern das Büro auf, sich zu überlegen, mit welchen Massnahmen «geschlechtergerechte Anteile an Wortmeldungen und Redezeit» erreicht werden können.

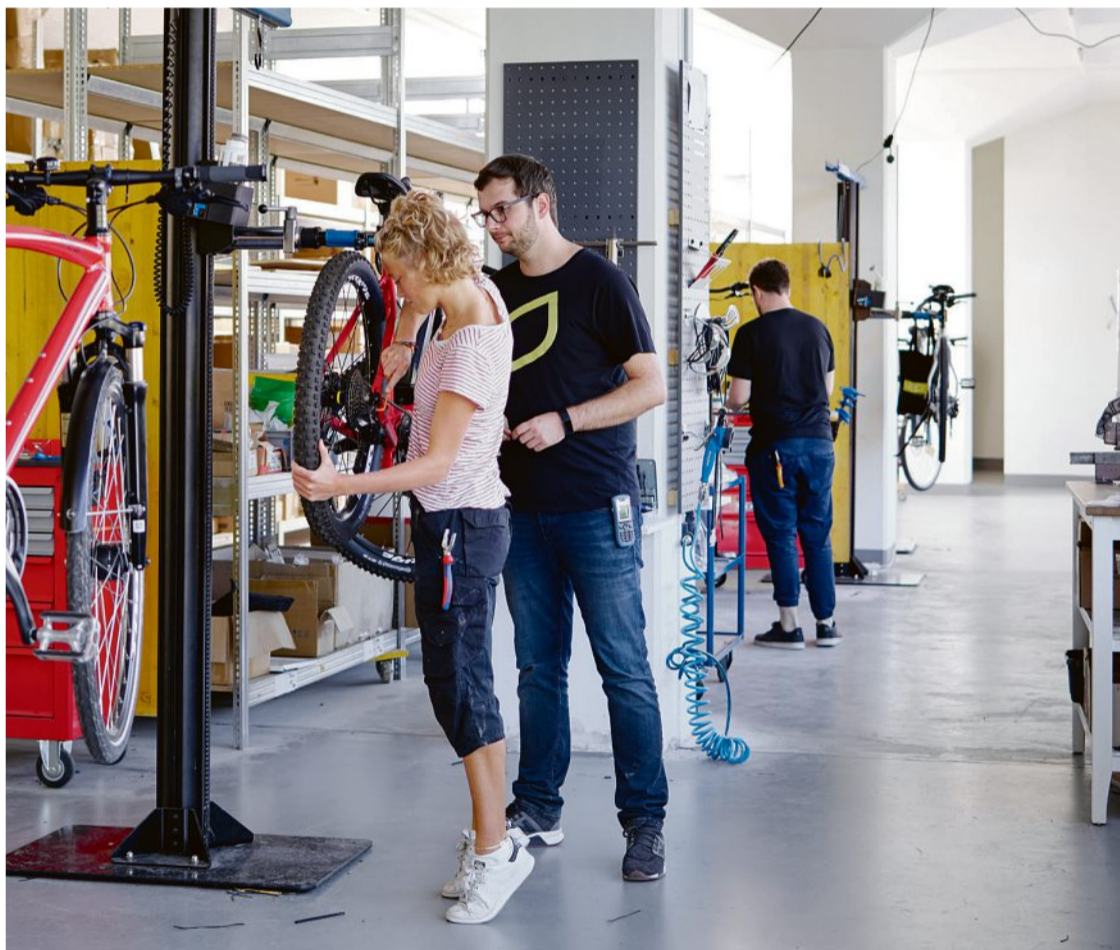
Frauen verzichten freiwillig

Soll also den Männern künftig der Mund verboten werden? Zürcher winkt ab: «Wir verlangen keine Beschränkung der Anzahl Voten.» Sie setzt auf eine Sensibilisierung der Grossräte. «Vielleicht merkt dann der eine oder andere Mann, dass ein Votum nicht nötig ist oder kürzer ausfallen kann.» Laut Zürcher würden die Männer im Ratsbetrieb häufig bereits genannte Argumente wiederholen, während Frauen darauf verzichten, Gesagtes zu wiederholen.

Falls Zürichers Vorschlag im Grossen Rat in einigen Wochen ähnlich leidenschaftlich diskutiert wird, dürfte zumindest der «effiziente Ratsbetrieb» an diesem Tag darunter leiden.

Alexander Müller

ANZEIGE



Zukunft ist das,
was du daraus machst.

Nachrichten

Das ist der neue Zolli-Bewohner

Basel Besucher im Zoo Basel können neuerdings Ursons beobachten. Der Urson ist ein auf Bäumen lebendes Nagetier aus der Sta-

chelschwein-Verwandtschaft. Im Zoo Basel leben seit September ein weibliches und ein männliches Tier. (red)

Gemeinde Aesch lässt Einwohner frieren

Aesch Die Gemeinde Aesch lädt am 12. Dezember 2020 zu einer «Winter-Landsgemeinde» ein. Wegen Corona findet sie draussen, auf der Sportanlage Löhrenacker statt, so «20 Minuten». Am besten rüste man sich den Temperaturen entsprechend aus – etwa mit Thermoskanne und Decke. (red)



Wir sind die zukunftsorientierte Bank der Schweiz.
Unsere Engagements auf [blkb.ch/zukunftsorientierung](https://www.blkb.ch/zukunftsorientierung)

BLKB
Was morgen zählt



Foto: Zoo Basel